



Die
Bundesregierung

Der Mensch im Mittelpunkt

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel
vor dem Deutschen Bundestag

Berlin, 29. Januar 2014



Der Mensch im Mittelpunkt

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel
vor dem Deutschen Bundestag

Berlin, 29. Januar 2014

„Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Kompass, weil sie wie keine zweite Wirtschafts- und Sozialordnung den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Genau darum hat es zu gehen: um den Menschen im Mittelpunkt unseres Handelns.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel



Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts der aktuellen Ereignisse lassen Sie mich bitte zu Beginn einige Worte zur **Lage in der Ukraine** sagen.

Durch den Druck der Demonstrationen werden jetzt ganz offensichtlich ernsthafte Gespräche zwischen dem Präsidenten und der Opposition über notwendige politische Reformen möglich. Der Bundesaußenminister, das Kanzleramt und die deutsche Botschaft in Kiew unterstützen die Bemühungen um eine **friedliche Lösung des Konflikts** und die berechtigten Anliegen der Opposition mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir stehen dazu auch in engem Kontakt mit der Hohen Beauftragten Lady Ashton und werden unsere Bemühungen in den nächsten Stunden und Tagen fortsetzen.

Viele Menschen in der Ukraine haben seit dem EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft Ende November in Vilnius in mutigen Demonstrationen gezeigt, dass sie nicht gewillt sind, sich von Europa abzuwenden. Im Gegenteil: Sie setzen sich für die gleichen Werte ein, die auch uns in der Europäischen Union leiten, und deshalb müssen sie Gehör finden.

Unverändert gilt, dass die Tür für die Unterzeichnung des **EU-Assoziierungsabkommens** durch die Ukraine weiter offen steht. Und unverändert gilt, dass die Gefahr eines Entweder-oder im Hinblick auf das Verhältnis der Länder der Östlichen Partnerschaft zu Europa oder zu Russland überwunden werden muss und – davon bin ich überzeugt – in geduldigen Verhandlungen auch überwunden werden kann.

Genau dies haben auch der EU-Ratspräsident Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident Barroso gestern beim EU-Russland-Gipfel gegenüber dem russischen Präsidenten Putin noch einmal zum Ausdruck gebracht. Auch die Bundesregierung wird dies gegenüber Russland unvermindert zum Ausdruck bringen, zum Wohle aller in der Region.

Meine Damen und Herren, bevor wir nun auf die nächsten Jahre schauen, sollten wir kurz zurückblicken: auf den Beginn dieses Jahrhunderts. Damals galt Deutschland als der kranke Mann Europas. Die **Soziale Marktwirtschaft**, die unser Land im 20. Jahrhundert nachhaltig geprägt hat, wurde national wie international fast schon als Auslaufmodell angesehen. Manche meinten, dass unsere Wirtschafts- und Sozialordnung zu behäbig, zu altmodisch für die Anforderungen der Globalisierung im 21. Jahrhundert geworden sei.

Und heute, zehn Jahre später? Heute können wir feststellen: Deutschland geht es so gut wie lange nicht. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung ist auf dem höchsten Niveau seit der Wiedervereinigung, die Menschen schauen so optimistisch in die Zukunft wie seit dem Fall der Mauer nicht mehr, und von der Sozialen Marktwirtschaft als Auslaufmodell spricht keiner mehr, von Deutschland als krankem Mann Europas erst recht nicht.

Im Gegenteil: **Deutschland ist Wachstumsmotor in Europa**, Deutschland ist Stabilitätsanker in Europa. Wir sind rascher und stärker aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen als andere. Wir tragen maßgeblich dazu bei, dass die europäische Staatsschuldenkrise überwunden werden kann.

Für diese Erfolgsgeschichte ist das **Zusammenspiel der Sozialpartner** ganz entscheidend, das Zusammenspiel der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, das unserem Land gemeinsam mit klugen politischen Entscheidungen die Stabilität und Stärke gibt, die heute notwendig sind. Sie sind notwendig, wenn wir den Anspruch haben, nicht einfach irgendwie die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit zu meistern, sondern so, dass sich die Werte und Interessen Deutschlands und Europas auch in Zukunft im harten weltweiten Wettbewerb behaupten können. Ich habe diesen Anspruch, die Regierung der Großen Koalition hat diesen Anspruch.

Wir haben den Anspruch, nicht einfach irgendwie aus den weltweiten und europäischen **Finanz- und Schuldenkrisen** herauszukommen, sondern stärker, als wir in sie hineingegangen sind. Wir haben den Anspruch, nicht einfach irgendwie mit den großen Herausforderungen unserer Zeit beim Schutz unseres Klimas, beim Zugang zu Energie oder beim Kampf gegen die asymmetrischen

Bedrohungen fertigzuwerden, sondern so, dass wir unseren Werten und unseren Interessen gerecht werden.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wichtiger denn je. Längst hat die **Globalisierung** unsere Welt auch im Kleinen erfasst. Heute leben über sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Sie alle wollen am Wohlstand teilhaben. Als Exportnation sind wir auf vielfältige Weise mit anderen Nationen verflochten. Niemand kann sich mehr darauf beschränken, nur seine eigenen Belange im Blick zu haben, und wenn er es doch tut, dann schadet er über kurz oder lang sich selbst.

In den 50er-Jahren hatte nur ein Prozent der Weltbevölkerung eine Lebenserwartung von über 70 Jahren. Heute wird über die Hälfte aller Menschen über 70 Jahre alt. Schon diese eine Zahl gibt uns eine Ahnung vom Ausmaß der **demografischen Entwicklung**, mit der ja auch gerade Deutschland umzugehen lernen muss.

Die digitalen Möglichkeiten und das Internet verändern unser Leben rasant. Sie schaffen schier unendliche Kommunikations- und Informationsformen, haben aber auch eine kaum absehbare Wirkung auf den Schutz dessen, was privat und persönlich sein und bleiben sollte.

Es versteht sich von selbst: Mit der **globalen und digitalen Dynamik** unserer Zeit müssen wir Schritt halten. Mehr noch: Ein Land wie Deutschland, größte und stärkste Volkswirtschaft Europas, muss an ihrer Spitze stehen und auch stehen wollen, und zwar nicht um uns ihr zu unterwerfen, sondern um die Chancen erkennen und auch nutzen zu können, die ohne jeden Zweifel in ihr stecken. Das gilt für unsere Forscher und Entwickler, das gilt für unser Bildungssystem, das gilt für unsere Unternehmen und Arbeitnehmer, und das gilt für unsere Art der Energieversorgung.

Mit dieser Dynamik Schritt zu halten, an der Spitze der Entwicklung zu stehen, das ist eine der großen politischen wie ethischen Gestaltungsaufgaben unserer Generation. Sie kann nur mit einem Kompass gelingen. Dieser **Kompass ist die Soziale Marktwirtschaft**, weil sie immer mehr war als eine Wirtschaftsordnung,

weil sie als Wirtschafts- und Sozialordnung wirtschaftliche Kraft und sozialen Ausgleich miteinander verbindet. Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Kompass, weil ihre Prinzipien zeitlos gültig sind und sie doch mit der Zeit gehen und weiterentwickelt werden können, wie dies mit der ökologischen und der internationalen Dimension unseres Lebens gelungen ist.

Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Kompass, weil sie wie keine zweite Wirtschafts- und Sozialordnung den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Genau darum hat es zu gehen: um den Menschen im Mittelpunkt unseres Handelns.

Das leitet mich seit meinem Amtsantritt im November 2005 in meinem Verständnis als Kanzlerin aller Deutschen und aller in Deutschland lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft, das leitet mich auch in Zukunft, und das leitet die Regierung der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD.

Eine Politik, die nicht den Staat, nicht Verbände, nicht Partikularinteressen, sondern den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, eine solche Politik kann die Grundlagen für ein gutes Leben in Deutschland und Europa schaffen.

Die **Quellen des guten Lebens** sind Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, politische Stabilität, wirtschaftliche Stärke und Gerechtigkeit. Die Regierung der Großen Koalition will die Quellen des guten Lebens allen zugänglich machen, das bedeutet, allen bestmögliche Chancen zu eröffnen.

Im Zweifel handeln wir für den Menschen. Bei jeder Abwägung von großen und kleinen Interessen, bei jedem Ermessen: Die Entscheidung fällt für den Menschen. So dienen wir den Menschen und unserem Land. Wir gestalten Deutschlands Zukunft – um es mit dem ebenso einfachen wie klaren Motto des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD zu sagen.

Dabei setzen wir erstens auf solide Finanzen, zweitens auf Investitionen in die Zukunft unseres Landes, drittens auf die Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, viertens auf die Fähigkeit Deutschlands, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen. Diese vier Punkte sind nicht hierarchisch gegliedert. Sie stehen gleichrangig nebeneinander.

Ohne **solide Finanzen** könnten wir keine Zukunft gestalten. Ohne gezielte Investitionen in die Zukunft unseres Landes bliebe Sparen Selbstzweck. Ohne die Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts ginge unserem Land vieles von seiner sozialen Stabilität verloren, die ja gerade ein Garant unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist. Ohne die Fähigkeit Deutschlands, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen, schaden wir unseren Partnern wie uns selbst, unseren Werten und Interessen, wir schaden uns politisch und ökonomisch.

Es ist doch gerade erst etwas mehr als fünf Jahre her, dass wir erlebt haben, wohin die verantwortungslosen Exzesse der Märkte, Überschuldung und eine mangelhafte Regulierung der internationalen Finanzmärkte führen können. Wir haben erlebt, dass dies mit einem Schlag gravierende Auswirkungen auf alle Staaten dieser Erde hatte, auch auf Deutschland. Wir mussten damals einen der schlimmsten Wirtschaftseinbrüche, den schlimmsten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, verkraften. Es ist das bleibende Verdienst der damaligen Koalition von CDU, CSU und SPD, Deutschland 2009 gemeinsam mit den Sozialpartnern so rasch, so erfolgreich durch diese Krise geführt zu haben.

Einen nachhaltigen Erfolg kann Deutschland aber nicht alleine haben. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, setzt deshalb alles daran, dass alle, dass die ganze Welt die Lektionen aus dieser damaligen Krise lernt. Eine davon ist und bleibt: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzplatz darf ohne angemessene Regulierung bleiben; Finanzakteure müssen durch die Finanztransaktionssteuer zur Verantwortung gezogen werden.

Auch in der internationalen Sozialen Marktwirtschaft ist nämlich der Staat der Hüter der Ordnung. Deutschland übernimmt Verantwortung in Europa und der Welt, damit sich genau diese Einsicht, dass der Staat Hüter der Ordnung ist, durchsetzen kann.

Dazu sind Fortschritte bei der **Regulierung der Finanzmärkte** unverzichtbar, und zwar Fortschritte, die diesen Namen auch wirklich verdienen, wenn wir das

Versprechen einhalten wollen, das wir den Menschen gegeben haben. Das ist das Versprechen, dass sich eine solch verheerende weltweite Finanzkrise nicht wiederholen darf. Das bedeutet, in einem Satz gesagt: Wer ein Risiko eingeht, der haftet auch für die Verluste, und nicht mehr der Steuerzahler.

Manches ist erreicht. Vieles ist zu tun. Deshalb sind die Regelungen für eine Bankenunion in Europa so wichtig; denn bei der Sanierung und Abwicklung von Banken hat für uns die Einhaltung einer klaren Haftungskaskade eine zentrale Bedeutung.

Meine Damen und Herren, wir alle müssen verstehen, dass es mehr denn je nicht mehr ausreicht, nur auf die eigene Kraft und Stärke zu setzen. Konkret heißt das: Auch Deutschland ist auf Dauer nur stark, wenn auch Europa stark ist; auch Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut geht.

Doch ich kann uns auch heute nicht ersparen, darauf hinzuweisen: Auch wenn die **europäische Staatsschuldenkrise** nicht mehr täglich die Schlagzeilen bestimmt, müssen wir doch sehen, dass sie allenfalls unter Kontrolle ist. Dauerhaft und nachhaltig überwunden ist sie damit noch nicht. Wir haben zwar eine Wirtschafts- und Währungsunion, in der nationale Entscheidungen jeweils Auswirkungen auf alle anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion haben, aber wir haben auch eine Währungsunion, deren wirtschaftspolitische Koordination nach wie vor überaus mangelhaft gestaltet ist.

Ohne entscheidende Fortschritte, ohne einen Quantensprung hier werden wir die europäische Staatsschuldenkrise nicht überwinden. Wir werden vielleicht irgendwie mit ihr zu leben lernen, aber unseren Platz an der Spitze der globalen Entwicklung werden wir so nicht halten können. So werden wir nicht stärker aus der Krise herauskommen, als wir in sie hineingegangen sind.

Doch nur das kann Europas Anspruch sein: nach der Krise stärker zu sein als vor der Krise; und weil das so ist, dürfen wir der trügerischen Ruhe jetzt nicht trauen. Ja, es ist wahr: Europa ist auf dem Weg zu Stabilität und Wachstum bereits ein gutes Stück vorangekommen. Wahr ist aber auch, dass wir uns unvermindert anstrengen müssen, um Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Dafür müssen wir die **Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen** und damit das nachholen, was bei ihrer Gründung versäumt wurde: der Währungsunion eine echte Wirtschaftsunion zur Seite zu stellen.

Hierfür müssen wir auch die **europäischen Institutionen stärken**. In einer echten Wirtschaftsunion werden wir um ein Mehr an Verbindlichkeit nicht herkommen. Ich bin überzeugt: Dazu müssen auch die EU-Verträge weiterentwickelt werden.

Das Ziel ist ein Europa, das seine Kräfte bündelt und das sich auf die großen Herausforderungen konzentriert. Alle europäischen Politiken, die Energie- und Klimapolitik, die Gestaltung des Binnenmarktes, die Außenhandelsbeziehungen, müssen sich daran messen lassen, ob sie zur Stärkung der europäischen Wirtschaftskraft und damit auch zu Wohlstand und Beschäftigung beitragen oder nicht. Denn sie bilden zusammen mit den nationalen Reformanstrengungen die Grundlage, um neues Wachstum und dauerhafte Beschäftigung für die Bürgerinnen und Bürger Europas zu schaffen.

Auch die **europäische Politik** muss den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellen. Sie soll den Alltag der Menschen einfacher machen und nicht schwerer. Sie soll die **Rahmenbedingungen für Engagement, Eigeninitiative und Unternehmertum verbessern** und nicht beeinträchtigen. Deshalb muss gelten: Wer Europa will und wer will, dass es Europa gut geht, der muss bereit sein, Europa stabiler, bürgernäher, stärker, einiger und gerechter zu machen, und der muss natürlich zu Hause seine Hausaufgaben machen.

Deutschland macht seine Hausaufgaben. Der Bund hat bereits seit 2012 – und damit früher als vorgesehen – die Vorgaben der **Schuldenbremse** eingehalten. Für 2014 ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt vorgesehen. Ab 2015 wollen wir ganz ohne Nettoneuverschuldung auskommen.

Solch ein Ende der Neuverschuldung nach Jahrzehnten, in denen wir geradezu selbstverständlich Jahr für Jahr immer neue Schulden gemacht haben, ist nicht nur Ausdruck solider Finanzen, es ist vielmehr ein zentrales Gebot der Gerechtigkeit und damit gelebte Soziale Marktwirtschaft.

Das ist nur zu schaffen, wenn wir bei unseren Ausgaben klare Prioritäten setzen und konsequent in die Zukunft investieren. Wir müssen uns dabei immer wieder vor Augen führen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unser Gemeinwesen nur dann akzeptieren, wenn sie sich auch vor Ort auf funktionierende Strukturen verlassen können. Deshalb entlastet der Bund die Kommunen auch in Zukunft: in diesem Jahr, indem er nunmehr vollständig die Grundsicherung für ältere Menschen übernimmt, und in den Folgejahren, indem er sich schrittweise an der Eingliederungshilfe bis zu einer Höhe von fünf Milliarden Euro beteiligt.

Die Gespräche mit den Ländern in den Koalitionsverhandlungen haben im Übrigen einmal mehr deutlich gemacht, dass die **Bund-Länder-Finanzbeziehungen** ganz grundsätzlich einer Neuordnung bedürfen, und zwar verbunden mit einer klaren Aufgabenzuordnung an Bund, Länder und Kommunen. Die Bundesregierung wird bis zum Sommer einen Vorschlag machen, wie die dazu notwendigen Gespräche geführt werden können.

Meine Damen und Herren, dass unsere Haushaltslage so gut ist, verdanken wir natürlich ganz entscheidend auch der guten wirtschaftlichen Entwicklung und den Millionen Beschäftigten, Selbstständigen und Unternehmen, die zu dieser wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen haben. Das hat zu einem neuen **Rekord an Steuereinnahmen** geführt. Auch deshalb ist die Politik es den Menschen schuldig, zu zeigen, dass wir mit dem auskommen, was wir einnehmen, und dass wir keine Steuern erhöhen oder neue einführen.

Trotz aller Erfolge dürfen wir aber unsere Hände nicht in den Schoß legen. Denn unser Land braucht auch in Zukunft eine starke Wirtschaft und eine hohe Beschäftigungsrate.

Dafür schafft die Regierung der Großen Koalition die notwendigen Voraussetzungen, zum Beispiel indem wir die Struktur der Bundesregierung an einer zentralen Stelle verändert haben: Wir haben die Kompetenzen von Wirtschaft und Energie in einem Ministerium gebündelt.

Wir haben uns dazu entschieden, weil wir überzeugt sind, dass unser Wohlstand nur mit einem starken industriellen Fundament aus großen und mittelstän-

dischen Unternehmen gesichert werden kann, dessen unabdingbare Voraussetzung eine umweltfreundliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung ist – für unsere Unternehmen genauso wie für die Bürgerinnen und Bürger.

Deutschland hat den Weg der **Energiewende** eingeschlagen. Deutschland hat sich entschieden, eine Abkehr vom jahrzehntelangen Energiemix – einem Energiemix aus vornehmlich fossilen Energieträgern und Kernenergie – zu vollziehen. Es gibt kein weiteres vergleichbares Land auf dieser Welt, das eine solch radikale Veränderung seiner Energieversorgung anpackt. Diese Entscheidung wird von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen unterstützt.

Doch machen wir uns nichts vor: Die Welt schaut mit einer Mischung aus Unverständnis und Neugier darauf, ob und wie uns diese Energiewende gelingen wird. Wenn sie uns gelingt, dann wird sie – davon bin ich überzeugt – zu einem weiteren deutschen Exportschlager. Und auch davon bin ich überzeugt: Wenn diese Energiewende einem Land gelingen kann, dann ist das Deutschland.

Bis 2050 wollen wir 80 Prozent unseres **Stroms aus erneuerbaren Energien** erzeugen. Schon heute haben die erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung einen Anteil von 25 Prozent, der bis 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent ansteigen soll. Mit diesem Ausbaukorridor können wir ganz harmonisch das Ausbauziel von 80 Prozent erreichen – allerdings nur, wenn gleichzeitig unsere Industrie im weltweiten Wettbewerb bestehen kann und Strom für alle erschwinglich bleibt.

Mit einem Anteil von 25 Prozent an der Stromerzeugung haben die erneuerbaren Energien heute ihr Nischendasein verlassen. Bis dahin war es sinnvoll, sie durch die Umweltpolitik zu fördern. Jetzt aber müssen sie als zunehmend tragende Säule der Stromerzeugung in den Gesamtenergiemarkt integriert werden.

Maßstab für den Ausbau der erneuerbaren Energien müssen Planbarkeit und Kosteneffizienz sein. Deshalb muss der Ausbaukorridor auch verbindlich festgeschrieben werden. Die einzelnen Formen der erneuerbaren Energien müssen so schnell wie möglich marktfähig werden; ihr Ausbau und der **Ausbau der Transportnetze** müssen Hand in Hand gehen.

Wir sehen: Das ist eine Herkulesaufgabe; das bedarf einer nationalen Kraftanstrengung. Gerade auch deshalb habe ich davon gesprochen, dass die Große Koalition eine Koalition für große Aufgaben ist. Und wenn es eine politische Aufgabe gibt, bei der nicht Partikularinteressen im Mittelpunkt zu stehen haben, sondern der Mensch, dann ist das die Energiewende.

Sie kann nur gelingen, wenn alle – Bund, Länder, Gemeinden, Verbände, jeder Einzelne – über ihren Schatten springen und nur eines im Blick haben: das Gemeinwohl. Aber dann – davon bin ich überzeugt – wird die Energiewende auch gelingen; dann wird sie ein weiteres Beispiel gelebter ökologischer und sozialer Marktwirtschaft sein.

Das Kabinett hat die dazu vom Bundeswirtschaftsminister vorgelegten Eckpunkte beschlossen. Sie sind Grundlage für den Gesetzentwurf zur **Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes**, die am 9. April im Kabinett verabschiedet und bis zur Sommerpause auch in Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden soll. Zusammen mit dem Netzausbau und mit Entscheidungen über Kraftwerksreserven zur Sicherung der Energieversorgung entsteht daraus der Rahmen zur Umsetzung der Energiewende.

Die Bundesregierung wird sich in den anstehenden sicherlich nicht einfachen Beratungen um eine breite Mehrheit bemühen; denn ich bin davon überzeugt: Je größer die Mehrheit, desto größer ist auch die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zeit haben wir allerdings nicht zu verlieren: Wir müssen parallel alles dafür tun, dass unsere Entscheidungen auch in Brüssel akzeptiert werden.

Gleichzeitig müssen wir die Energiewende in eine anspruchsvolle **nationale und europäische Klimastrategie** einbetten. Es ist gut, dass die Kommission mit dem ambitionierten 40-Prozent-CO₂-Reduktionsziel die Vorreiterrolle Europas im internationalen Klimaschutz noch einmal unmissverständlich unterstrichen hat.

Deutschland wird sich auch mit ganzer Kraft für die Verabschiedung einer international verbindlichen Klimakonvention einsetzen. Gemeinsam mit Frankreich arbeiten wir für einen Erfolg der internationalen Klimakonferenz Ende 2015 in

Paris, damit am Ende eine verbindliche Regelung für die weltweite Reduktion von Treibhausgasen ab 2020 gefunden wird.

Wir setzen uns auch für einen funktionierenden **Emissionshandel in Europa** ein, damit umweltfreundliche Kraftwerke wie zum Beispiel moderne Gaskraftwerke endlich wieder eine faire Chance auf den Märkten erhalten.

Um im Baubereich zu einer Gesamtstrategie zu kommen, in die auch der Klimaschutz integriert ist, hat die Bundesregierung den Umweltschutz und den Baubereich in einem Ministerium gebündelt. So können wir unsere nationalen Klimaziele auch in den Bereichen der **Energieeffizienz** und der **Gebäudesanierung** erreichen. Im Übrigen können unsere Wirtschaft und unser Handwerk davon profitieren. Umweltschutz, die ökologische und Soziale Marktwirtschaft, schafft Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, vor einem Jahrzehnt, als fünf Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos waren, hatten viele Zweifel, ob und inwieweit eine der jahrzehntelangen großen Gewissheiten der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft noch ihre Berechtigung haben würde, nämlich die Gewissheit, dass es den Arbeitnehmern dann gut geht, wenn es dem eigenen Betrieb auch gut geht.

Die Auswirkungen der Globalisierung hatten dieses Grundvertrauen ins Wanken gebracht. Reformen, zuvor jahrelang verzögert oder vermieden, wurden unumgänglich. Es folgte die Agenda 2010 der Regierung Schröder, auf die dann weitere Reformen der Großen Koalition von 2005 bis 2009 und der anschließend christlich-liberalen Bundesregierung fußten. Das Ergebnis dieser Reformen: Heute hat unser Land mehr Beschäftigte als je zuvor.

Die Arbeitslosigkeit liegt unter drei Millionen; die Jugendarbeitslosigkeit ist die geringste in Europa. Aber es gibt auch Schattenseiten. Aus der **unverzichtbaren Flexibilisierung des Arbeitsrechts** sind neue Möglichkeiten des Missbrauchs entstanden. Schon die christlich-liberale Bundesregierung hat einige davon beseitigt, aber die Große Koalition wird weitere Korrekturen vornehmen müssen.

Konkret geschieht das in der Leiharbeit, deren Dauer auf maximal 18 Monate beschränkt wird. Die gleiche Bezahlung eines Leiharbeiters wie die eines

Beschäftigten der Stammebelegschaft hat jetzt nach spätestens neun Monaten zu erfolgen, und beim Abschluss von Werkverträgen ist in Zukunft der Betriebsrat zu informieren.

Es ist die gemeinsame Überzeugung von CDU, CSU und SPD, dass derjenige, der voll arbeitet, mehr haben muss, als wenn er nicht arbeitet.

Niemand, der ein Herz hat, ist deshalb schnell bei der Hand damit, das Instrument eines Mindestlohns rundweg abzulehnen. Doch jeder, der ein Herz hat, muss aber genauso sicherstellen, dass der so nachvollziehbare Wunsch nach würdiger Bezahlung nicht Menschen, die heute Arbeit haben, in die Arbeitslosigkeit führt.

Die Koalitionsverhandlungen um einen **gesetzlichen Mindestlohn** in Höhe von 8,50 Euro ab 2015 haben alle Facetten dieses Dilemmas behandelt. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, bei dem – das sage ich aus voller Überzeugung – die Vorteile die Nachteile überwiegen.

Der Mindestlohn von 8,50 Euro wird ab Anfang 2015 gelten. Allerdings haben wir vereinbart, dass Tarifverträge, die mit einer Lohnuntergrenze von weniger als 8,50 Euro vereinbart wurden, bis Ende 2016 weitergelten können. Im Laufe dieses Jahres können solche Tarifverträge noch abgeschlossen werden. Ich sage ganz ausdrücklich: Arbeitgeber und Gewerkschaften haben damit alle Freiheit und Möglichkeit, genau davon dort Gebrauch zu machen, wo immer dies zum Erhalt von Arbeitsplätzen notwendig ist.

Derartige Tarifverträge können in Zukunft in einem vereinfachten Verfahren für allgemeinverbindlich erklärt werden, da sie im öffentlichen Interesse sind. Dadurch wird im Übrigen auch die Tarifpartnerschaft, ein Wesensmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft, wieder gestärkt, und sie muss in einigen Bereichen gestärkt werden.

Eine starke Soziale Marktwirtschaft braucht international wettbewerbsfähige Unternehmen. Wir wissen aus unseren Erfahrungen, dass das besonders gut funktioniert, wenn Frauen und Männer gleiche Chancen haben.

Deshalb werden wir für Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab 2016 neu besetzt werden, eine **Quote von mindestens 30 Prozent Frauen** einführen. Jahrelanges gutes Zureden hat nicht geholfen. Deshalb müssen wir diesen Schritt jetzt gehen.

Meine Damen und Herren, unsere **sozialen Sicherungssysteme** gehören zu den besten der Welt. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen sie sowohl den Erwartungen der heutigen Generation als auch den Anforderungen zukünftiger Generationen entsprechen. Sie müssen also der demografischen Entwicklung unseres Landes standhalten.

Diesem Ziel dient die schrittweise Einführung der **Rente mit 67** bis zum Jahr 2029. Heute haben bereits deutlich mehr Menschen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren eine Chance auf dem Arbeitsmarkt als noch vor wenigen Jahren. Diese Entwicklung muss fortgesetzt werden.

Dennoch – das sollten wir nicht vergessen – haben wir bei der Einführung der Rente mit 67 bereits diejenigen vom Anstieg der Lebensarbeitszeit ausgenommen, die 45 Jahre lang Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt haben. Diese Regelung werden wir jetzt modifizieren. Wir werden für Menschen mit 45 Beitragsjahren inklusive des Bezugs von Arbeitslosengeld I eine **abschlagsfreie Rente mit 63** Jahren, aufwachsend dann bis Anfang der 30er-Jahre auf 65 Jahre, einführen. Ich füge hinzu: In der Zwischenzeit müssen wir dafür Sorge tragen, dass sich auch die Beschäftigungschancen langjährig Beschäftigter weiter deutlich verbessern.

Wir wollen im Übrigen nicht länger die Augen davor verschließen, dass viele Frauen eine gerechte Anerkennung der Leistungen für die Erziehung der Kinder anmahnen. Wie ist die Lage heute? Heute werden für die nach 1992 geborenen Kinder drei Jahre im Rentenrecht anerkannt, für die davor geborenen Kinder nur ein Jahr. Das ist in den Augen vieler nicht gerecht.

Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, muss und will das verändern. Wir haben in den letzten Jahren große Anstrengungen für die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** unternommen: den Ausbau der

Kitaplätze, verbesserte Möglichkeiten für flexible Arbeitszeiten, die Einführung des Elterngelds mit Vätermonaten.

In dieser Legislaturperiode werden wir die Teilzeitarbeit der Eltern durch das **ElterngeldPlus** erleichtern und den **Ausbau der Kitaplätze** fortsetzen. Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben, hatten nicht annähernd so gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deshalb wollen wir diesen Müttern, über neun Millionen Frauen, im Rentenrecht wenigstens ein Jahr mehr für die **Anerkennung ihrer Erziehungsleistung** anrechnen lassen.

Wegen der guten Beschäftigungssituation kann die Rentenversicherung diese Aufgabe zurzeit erfüllen. Wir wissen aber: Mittelfristig werden wir einen Teil durch weitere Steuerzuschüsse aus dem Bundeshaushalt ergänzen.

Außerdem werden wir die **Renten im Falle von Erwerbsunfähigkeit verbessern**. Das ist unerlässlich. Denn Erwerbsunfähigkeit ist heute eine der Hauptursachen für Altersarmut. Sie wissen: Wir haben heute genau dieses Gesetzespaket auf den Weg gebracht und zur parlamentarischen Beratung überwiesen.

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft zeigt sich vor allem an ihrem Umgang mit Schwachen. Sie zeigt sich in den Situationen, in denen Menschen auf Schutz und Hilfe angewiesen sind: wenn sie alt sind und wenn sie krank sind. Der medizinische Fortschritt ermöglicht immer neue Heilungs- und Behandlungsmöglichkeiten.

Unsere Lebenserwartung steigt stetig an, und gleichzeitig sind immer mehr Menschen auf Pflege angewiesen. Jeder muss die medizinische Versorgung bekommen, die er braucht, und jeder Mensch muss in Würde sterben können. Das sind die zentralen Aufgaben der Politik für unser **Gesundheits- und Pflegesystem**.

Die Bundesregierung will dafür Sorge tragen, dass die medizinische Versorgung verbessert wird, insbesondere bei der Versorgung mit Fachärzten. Jeder muss schnell und gut behandelt werden. Die hohe Qualität unserer medizinischen Versorgung muss auch in Zukunft gerade im ländlichen Raum gesichert werden. Dabei spielt die Entwicklung der Telemedizin im Übrigen eine zentrale Rolle.

Für die **Pflege** werden wir die Leistungen in den nächsten vier Jahren um insgesamt 25 Prozent gegenüber heute steigern. Die zusätzlichen Mittel werden wir insbesondere erstens für die Verbesserung der pflegerischen Leistungen einsetzen – dabei werden wir gleichzeitig die Bürokratie mindern –, zweitens für eine bessere Ausbildung und Bezahlung der Pflegekräfte nutzen, um den vielerorts herrschenden Pflegenotstand abzubauen, und drittens für den Aufbau einer demografischen Reserve verwenden, um zukünftige Generationen vor zu hohen Belastungen zu schützen.

Auch werden wir **Hospize und die Palliativmedizin** stärken. Doch bei allem dürfen wir zu keiner Zeit vergessen: Immer noch leisten Familienangehörige die meiste Pflegearbeit. Sie gehen dabei oft bis an die Grenzen ihrer Kräfte, nicht selten darüber hinaus. Sie sind die stillen Helden unserer Gesellschaft.

Das zeigt einmal mehr: Die Familien sind das Herzstück unserer Gesellschaft. Deshalb arbeiten wir für verlässliche und gute Rahmenbedingungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Veränderung des Altersaufbaus unserer Gesellschaft garantieren auf Dauer nur **Investitionen in Forschung und Bildung** die Leistungsfähigkeit und den Wohlstand unseres Landes im globalen Wettbewerb. Wir müssen in vielen Bereichen zu den Besten der Welt gehören. Deshalb investieren wir drei Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung und gehören damit in Europa, allerdings nicht unbedingt immer weltweit, zu den führenden Ländern.

Unsere **Hightech-Strategie** setzt Maßstäbe für die Spitzenforschung. Der Bund will seinen Anteil von drei Prozent für die Forschung auch in den nächsten Jahren halten. Der Bund wird aber zusätzlich auch die Länder entlasten, indem wir den Aufwuchs bei den Mitteln für die außeruniversitäre Forschung voll übernehmen, also auch den Länderanteil, und uns erstmalig auch an der Grundfinanzierung der Universitäten beteiligen werden, um den Abstand zwischen außeruniversitärer Forschung und universitärer Bildung und Forschung nicht zu groß werden zu lassen.

In den letzten Jahren ist die Zahl derer, die ein Hochschulstudium aufnehmen, auf über 50 Prozent gestiegen. Das ist erfreulich. Aber die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode gerade auch der anderen Säule unseres Bildungssystems, der **dualen Berufsausbildung**, besonderes Augenmerk zukommen lassen. Sie ist ein Markenzeichen unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen den Ausbildungspakt zu einem Pakt für Aus- und Weiterbildung fortentwickeln, an dem sich neben den Arbeitgebern in Zukunft auch die Gewerkschaften wieder beteiligen sollen. Ohne hervorragend ausgebildete Menschen ist Deutschland kein wirtschaftlich starkes Land.

In den nächsten Jahren werden immer weniger junge Menschen in Deutschland ins Berufsleben eintreten. Das heißt, wir müssen jedem jungen Menschen die **Chance auf eine gute Bildung sichern**. Das beginnt beim Ausbau der Kindertagesstätten, an dem der Bund sich weiter beteiligen wird. Das setzt sich fort mit unserer Initiative „Chance Beruf“, die der Bund zu einem flächendeckenden Angebot ausweiten will. Wir führen den Hochschulpakt fort. Studienabbrecher bekommen in Zukunft die Chance, auch eine duale Berufsausbildung zu machen. Junge Menschen über 25, die noch keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, sollen eine zweite Chance bekommen.

Dies ist auch eine zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik. Auf dem Integrationsgipfel in diesem Jahr – so haben wir es besprochen – werden wir uns schwerpunktmäßig mit der **Ausbildung von Migrantinnen und Migranten** befassen. Auch werden wir jungen Menschen mit Migrationshintergrund unser Willkommen in Deutschland dadurch verdeutlichen, dass wir bei der Staatsbürgerschaft die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Jugendliche abschaffen.

Es ist im Übrigen ein Gebot unserer Sozialen Marktwirtschaft, dass gerade die jüngeren der ja immer noch fast drei Millionen Arbeitslosen eine berufliche Perspektive bekommen; denn wenn sie das in jungen Jahren nicht bekommen, wird es über Jahrzehnte schwierig für sie. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, dass es mir schon Sorge bereitet, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder steigt. Dem müssen wir zusammen mit der Bundesagentur für

Arbeit entgegenwirken. Der Bund verwendet jährlich mehr als 30 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Jeder hier nicht benötigte Euro kann für Zukunftsprojekte verwendet werden.

Zusätzlich müssen wir natürlich weiter offen für Fachkräfte aus dem Ausland sein. Deutschland wird die Möglichkeiten nutzen und nutzen müssen, die die **Freizügigkeit in Europa** bietet.

Dennoch – auch das gehört hierher – dürfen wir die Augen vor ihrem möglichen Missbrauch nicht verschließen. Es bedarf einer Klärung, wer aus dem europäischen Ausland unter welchen Bedingungen **Anspruch auf Sozialleistungen** hat. Angesichts völlig unterschiedlicher Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union darf es durch das Prinzip der Freizügigkeit nicht zu einer faktischen Einwanderung in die Sozialsysteme kommen.

Ob sich hier aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nationaler oder europäischer Handlungsbedarf ergibt, ist derzeit noch nicht abzusehen. Dies ist aber auch nicht auszuschließen, weil deutsche Gerichte Vorlagen in dieser Sache an den Europäischen Gerichtshof gegeben haben. Deshalb hat die Bundesregierung einen Staatssekretärsausschuss unter Federführung des Innen- und des Sozialministeriums gebildet, der die offenen Fragen klären wird und mit heute schon besonders betroffenen Kommunen Hilfsmöglichkeiten des Bundes bespricht.

Als Land in der Mitte Europas ist Deutschland auf eine **funktionierende Infrastruktur** zwingend angewiesen. Wir haben entschieden, das Verkehrsministerium zu einem Infrastrukturministerium auszubauen. Wir werden in die klassischen Verkehrsstrukturen allein aus Bundesmitteln bis 2017 fünf Milliarden Euro mehr investieren. Wir werden die streckenbezogene Nutzungsgebühr für Lkw ausweiten. Für ausländische Pkw werden wir eine Gebühr auf Autobahnen einführen, ohne dass der deutsche Fahrzeughalter stärker als heute belastet wird.

Erweitert werden die Zuständigkeiten des Verkehrsministeriums um die Aufgaben der digitalen Infrastruktur. 2018 soll jeder Deutsche **Zugang zum schnellen Internet** haben. Hier geht es nicht einfach um ein technisches Ziel,

hier geht es gerade für Menschen im ländlichen Raum um gleichwertige Chancen zur Teilhabe an Bildung, medizinischer Versorgung und wirtschaftlicher Tätigkeit.

Dazu werden wir alle Kräfte zum Netzausbau in einer **Netzallianz** bündeln. Die europäischen und internationalen Investitionsbedingungen müssen verbessert werden. Dies ist unerlässlich, wenn wir uns klarmachen, welcher technologischer Unterschied schon heute in vielen Bereichen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, asiatischen Ländern und Europa besteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir spüren immer mehr, welcher tiefgreifende **Wandel unsere Gesellschaft durch die Digitalisierung** ausgesetzt ist. Bildung, Ausbildung, der Arbeitsalltag, die industrielle Produktion verändern sich. Informationen aus der ganzen Welt sind in Sekunden verfügbar. Die Kommunikation der Menschen ist schier grenzenlos. Daten über jeden Einzelnen können in beliebigem Umfang gespeichert werden. Wir wollen, dass das Internet eine Verheißung bleibt; deshalb wollen wir es schützen.

Allerdings heißt das: Wir wollen es schützen vor Zerstörung von innen durch kriminellen Missbrauch und durch intransparente, allumfassende Kontrolle von außen. Der bisherige rechtliche Rahmen für eine vernünftige Balance von Freiheit und Sicherheit – das ist offensichtlich geworden – reicht nicht mehr aus. Einen internationalen Rechtsrahmen gibt es noch nicht. Das heißt, wir betreten Neuland.

Jeder Einzelne von uns ist davon betroffen. Deshalb wird die Bundesregierung in diesem Jahr unter der gemeinsamen Federführung des Innen-, des Wirtschafts- und des Infrastrukturministeriums eine **digitale Agenda** erstellen und im Laufe der Legislaturperiode umsetzen. Wir arbeiten an einer europäischen Datenschutzgrundverordnung mit Hochdruck. Aber wir achten dabei sehr darauf, dass der deutsche Datenschutz durch die Vereinheitlichung des europäischen Datenschutzes nicht unverhältnismäßig geschwächt wird.

Mit großer Wucht sind wir vor einem halben Jahr durch Informationen von Edward Snowden über die Arbeitsweise der amerikanischen Nachrichtendienste mit Fragen der **Datensicherheit** konfrontiert worden. Niemand, der politische Verantwortung trägt, kann ernsthaft bestreiten, dass die Arbeit der Nachrichten-

dienste für unsere Sicherheit, für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar ist.

Niemand, der politische Verantwortung trägt, kann ernsthaft bestreiten, dass die Arbeit der Nachrichtendienste im Zeitalter asymmetrischer Bedrohung, für die der 11. September exemplarisch steht, noch wichtiger als ohnehin schon geworden ist. Gerade um diese Gefahren bannen zu können, ist nicht nur die Arbeit unserer eigenen Dienste von großer Bedeutung für uns, sondern ebenso die **Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten** unserer Verbündeten und Partner.

Es kann gar nicht oft genug betont werden, dass wir gerade unseren amerikanischen Partnern wertvolle Informationen verdanken. Umgekehrt leisten innerhalb dieser internationalen Kooperation auch unsere eigenen Dienste wertvolle Beiträge. Das Parlamentarische Kontrollgremium wird jeweils darüber unterrichtet.

Aber niemand, der politische Verantwortung trägt, kann auch ernsthaft bestreiten, dass das, was wir seit einem halben Jahr über die Arbeit insbesondere der amerikanischen Nachrichtendienste zur Kenntnis nehmen müssen, ganz grundsätzliche Fragen aufwirft.

Es geht um die **Frage der Verhältnismäßigkeit**. Es geht darum, in welchem Verhältnis zur Gefahr die Mittel stehen, die wir dann wählen, um dieser Gefahr zu begegnen. Die Bundesregierung trägt Verantwortung für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Anschlägen und Kriminalität, und sie trägt Verantwortung für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Angriffen auf ihre Privatsphäre. Sie trägt Verantwortung für unsere Freiheit und Sicherheit. Seit jeher stehen Freiheit und Sicherheit in einem gewissen Konflikt zueinander. Sie müssen durch Recht und Gesetz immer wieder in der Balance gehalten werden.

Wir kennen das in Deutschland ja zu gut aus unseren langen Diskussionen um Wohnraumüberwachung und Vorratsdatenspeicherung. Kann es also richtig sein, dass unsere engsten Partner wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder Großbritannien sich Zugang zu allen denkbaren Daten mit der Begründung verschaffen, dies diene der eigenen Sicherheit und der Sicherheit der Partner, wir hätten also auch etwas davon?

Kann es richtig sein, dass man auch deshalb so handele, weil andere auf der Welt es genauso machten? Kann es richtig sein, wenn es zum Schluss gar nicht mehr allein um die Abwehr terroristischer Gefahren geht, sondern darum, sich auch gegenüber Verbündeten, zum Beispiel für Verhandlungen bei G-20-Gipfeln oder UN-Sitzungen, Vorteile zu verschaffen – Vorteile, die nach meiner jahrelangen Erfahrung sowieso völlig zu vernachlässigen sind?

Unsere Antwort kann nur lauten: Nein, das kann nicht richtig sein.

Denn es berührt den Kern dessen, was die Zusammenarbeit befreundeter und verbündeter Staaten ausmacht: Vertrauen. **Vertrauen ist die Grundlage für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern.** Vertrauen ist erst recht die Grundlage für die Zusammenarbeit verbündeter Staaten. Ein Vorgehen, bei dem der Zweck die Mittel heiligt, bei dem alles, was technisch machbar ist, auch gemacht wird, verletzt Vertrauen; es sät Misstrauen. Am Ende gibt es nicht mehr, sondern weniger Sicherheit.

Darüber reden wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich bin überzeugt, dass Freunde und Verbündete in der Lage und willens sein müssen, Grundsätze ihrer Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Abwehr von Bedrohungen zu vereinbaren, und zwar in ihrem jeweils eigenen Interesse.

Die Vorstellungen sind heute weit auseinander. Viele sagen, die Versuche für eine solche Vereinbarung seien von vornherein zum Scheitern verurteilt, ein unrealistisches Unterfangen. Mag sein. Mit Sicherheit wird das Problem nicht schon durch eine Reise von mir gelöst und abgeschlossen sein.

Mit Sicherheit wäre auch der Abbruch von Gesprächen in anderen Bereichen, wie etwa denen über ein **transatlantisches Freihandelsabkommen**, nicht wirklich hilfreich. Auch andere sogenannte Hebel, wie es in diesen Tagen so oft heißt, die Amerika zum Umdenken zwingen könnten, gibt es nach meiner Auffassung nicht. Trothaltungen haben im Übrigen noch nie zum Erfolg geführt.

Ich führe – und das mit allem Nachdruck – diese Gespräche mit der Kraft unserer Argumente, nicht mehr und nicht weniger. Aber ich glaube, wir haben davon gute.

Der Weg ist lang, aber lohnend ist er allemal. Denn die Möglichkeiten der digitalen Rundumerfassung der Menschen berühren unser Leben im Kern. Es handelt sich deshalb um eine ethische Aufgabe, die weit über die sicherheitspolitische Komponente hinausweist.

Milliarden Menschen, die in undemokratischen Staaten leben, schauen heute sehr genau, wie die demokratische Welt auf Bedrohungen ihrer Sicherheit reagiert, ob sie in souveräner Selbstsicherheit umsichtig handelt oder ob sie an jenem Ast sägt, der sie in den Augen genau dieser Milliarden Menschen so attraktiv macht – an der **Freiheit und der Würde des einzelnen Menschen**.

Doch bei allen Konflikten, bei allen Enttäuschungen, bei allen Interessenunterschieden werde ich wieder und wieder deutlich machen: Deutschland kann sich keinen besseren Partner wünschen als die Vereinigten Staaten von Amerika. Die **deutsch-amerikanische und die transatlantische Partnerschaft** sind und bleiben für uns von überragender Bedeutung.

Zusammen sind wir in **Afghanistan** im Einsatz. Deutschland ist bereit, sich auch nach 2014 an der Ausbildung der Sicherheitskräfte und am wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu beteiligen. Voraussetzung ist, dass Präsident Karzai – das sage ich allerdings mit allem Nachdruck, ich habe es neulich auch persönlich dem Präsidenten gesagt – das Sicherheitsabkommen mit den USA und der NATO unterzeichnet.

Deutschland beteiligt sich an Einsätzen im Kosovo, vor den Küsten Somalias und des Libanon oder in Mali. Das Mandat in Mali zur Ausbildung malischer Sicherheitskräfte wollen wir nicht nur fortsetzen, sondern auch verstärken.

Hinzu kommt die Frage, wie Deutschland seinen Verbündeten Frankreich gegebenenfalls bei der europäischen **Überbrückungsmission in der Zentralafrikanischen Republik** unterstützen kann; ich sage: gegebenenfalls. Hierbei geht es nicht um einen deutschen Kampfeinsatz, sondern allenfalls um unsere Fähigkeit zur Rettung und Behandlung Verwundeter.

Immer gilt: Kein Konflikt kann allein militärisch gelöst werden. Das leitet die Bundesregierung. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik setzt auf die Vernetzung militärischer und ziviler Mittel, und darin sehen wir uns in den letzten Jahren noch mehr bestärkt.

2015 übernimmt Deutschland die **G-8-Präsidentschaft**. In dem Jahr werden die Vereinten Nationen neue Entwicklungsziele festlegen. Unsere Präsidentschaft wird deshalb auch im Zeichen dieser Neuausrichtung der Entwicklungsziele stehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, nicht Partikularinteressen stehen im Mittelpunkt unseres Handelns, sondern **der Mensch steht im Mittelpunkt**.

Unser Kompass ist die Soziale Marktwirtschaft. Damit setzen wir auf solide Finanzen, Investitionen in die Zukunft, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Deutschlands Fähigkeit, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen – für unsere Werte und für unsere Interessen und in dem Bewusstsein, dass sie sich weltweit stets aufs Neue behaupten müssen.

Es ist in diesem Jahr 100 Jahre her, dass der Erste Weltkrieg ausbrach. Er war die erste große Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der alsbald die zweite folgen sollte: der Zivilisationsbruch der Shoah und der Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren.

Die anschließend folgende europäische Einigung, die uns Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat, erscheint aus dieser Perspektive wie ein Wunder. Wir leben heute in einer politischen Ordnung, in der nicht wie vor 100 Jahren wenige in geheimer Diplomatie die Geschicke Europas bestimmen, sondern in der alle 28 Mitgliedstaaten gleichberechtigt und im Zusammenwirken mit den europäischen Institutionen die Dinge zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam gestalten. Das Europäische Parlament, das gut 375 Millionen Menschen im Mai neu wählen werden, und die nationalen Parlamente sorgen für die notwendige demokratische Legitimität und Öffentlichkeit.

Vor 65 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Vor 25 Jahren fiel die Mauer. Vor zehn Jahren erlebten wir den Beginn der EU-Osterweiterung. Weitere Grenzen in Europa konnten abgebaut werden. Wir Deutschen und wir Europäer, wir sind heute zu unserem Glück vereint.

Die neue Bundesregierung will dazu beitragen, dieses Glück zu schützen und zu wahren, indem wir die Quellen guten Lebens allen zugänglich machen: Freiheit, politische Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stärke, Gerechtigkeit. Das ist unser Auftrag, und dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

Herausgeber

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin

Stand

Januar 2014

Gestaltung

MetaDesign AG, 10629 Berlin

Druck

Zarbock GmbH & Co. KG,
60386 Frankfurt am Main

Bildnachweis

Bundesregierung/Steffen Kugler: Titel, S. 3

Publikationsbestellung

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock

Servicetelefon: 030 18 272 272 1
Servicefax: 030 18 10 272 272 1
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Weitere Informationen im Internet:

www.bundesregierung.de

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

